Sachzwang Wirtschaftswachstum? : Drohende Arbeitslosigkeit beziehungsweise Beschäftigungsargument als strategische Grösse institutioneller Trendsteuerung

Autor(en): **Stadler, Markus**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **74 (1982)**

Heft 5

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-355089

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Sachzwang Wirtschaftswachstum?

Drohende Arbeitslosigkeit beziehungsweise Beschäftigungsargument als strategische Grösse institutioneller Trendsteuerung

Markus Stadler

Aber Zeit ist Leben. Und das Leben wohnt im Herzen. Und je mehr die Menschen daran sparten, desto weniger hatten sie. Momo

Statistisch beschäftigt

Seit geraumer Zeit ist Arbeitslosigkeit in der Schweiz kein grosses Thema. Statistische Daten im internationalen Vergleich [1] führen uns dies periodisch vor Augen:

Arbeitslosenquote (in %)	1956	1965	1975	1980
CH	3,0	0,3	0,4	0,2
BRD	4,0	0,6	4,7	3,1
USA	4,2	4,5	8,5	7,0

In den vergangenen drei Jahrzehnten war bei uns das Verhältnis von Arbeitslosen zu offenen Stellen so, dass von Über-, Voll- oder «praktischer» Vollbeschäftigung gesprochen wurde. Die heutigen Arbeitslosenquoten liegen in der Schweiz bei 0,4%, im EG-Raum durchschnittlich bei zirka 10% und in den USA bei 9%.

Damit lässt sich allerdings nur oberflächlich beantworten, ob das Beschäftigungsproblem in der Schweiz nicht existiere, und zwar in bezug auf morgen wie auch heute. Diese Haltung scheint mir nicht zuletzt angesichts verschiedentlicher Ereignisse (zunehmende Teilarbeitslosigkeit; Saurer, Asuag usw.) und Mahnungen, welche vor allem technologisch bedingte Arbeitsplatzverluste zum Inhalt haben, berechtigt. Erinnert sei hier nur an die Stichworte Computer und Mikroprozessoren.[2]

Arbeitsscheue und andere

Dass eine statistische Betrachtung allein keine befriedigende Antwort erteilen kann, zeigen schon zwei auf quantitative Belange beschränkte Hinweise: Die schweizerische Erwerbsbevölkerung nahm zwischen 1973 und 1978 um 12%, das heisst um etwa 340 000 Personen ab, während die Arbeitslosenstatistik eine Arbeitslosenquote von weniger als einem Prozent auswies. Die meisten in dieser Zeit von Stellenverlust Betroffenen verschwanden nämlich im Haushalt oder Ausland und wurden deshalb nicht von der Statistik erfasst.[3]

In der Bundesrepublik Deutschland waren gemäss einer Veröffentlichung des Internationalen Arbeitsamtes bei einer offiziellen Arbeitslosigkeit von über einer Million rund 700 000 Personen im Schwarzmarkt tätig. Hinzu sollen noch 20 000 bis 30 000 illegal beschäftigte ausländische Arbeiter kommen. Zum Schwarzmarkt (Schattenwirtschaft) i.e.S. sind «jene Tätigkeiten zu zählen, die zur Wertschöpfung im Sinnne der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung beitragen, ... das heisst nur jenes Wirtschaften, das im Sozialprodukt enthalten sein sollte.»[4] Die Schattenwirtschaft dürfte in der Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern (wie zum Beispiel den Niederlanden) ein sehr kleines Ausmass annehmen. Allerdings beruht diese Ansicht auf Schätzungen. Genaues weiss man definitionsgemäss nicht. Für den Gang der herrschenden Meinung – insbesondere in der Schweiz – fällt sie denn auch kaum ins Gewicht. Eine statistische Sicht des Arbeitsmarktes führt leicht zur Auffassung, bei uns wäre «eigentlich» genügend Arbeit vorhanden und das Phänomen der Arbeitslosigkeit sei deshalb weitgehend auf «Faulheit» und ähnliche Motive zurückzuführen.[5] Es lässt sich jedoch feststellen, dass diese Ansicht nicht bloss auf statistisch gesehen problemlose Beschäftigungslagen, wie in der Schweiz, beschränkt bleibt, sondern dass zum Beispiel auch in den USA, beim vertrauten Stand von mehreren Prozenten Arbeitslosigkeit, häufig die Auffassung vertreten wird, wer nur «richtig» wolle, finde «immer» Arbeit. Dabei wird meines Erachtens vielfach übersehen, dass dieser Argumentationsweise

- nur gerade *ein* Menschentyp unterstellt wird, welcher offenbar darauf aus ist, von den sozialen Einrichtungen zulasten der Allgemeinheit in verantwortungsloser Weise zu profitieren, und
- eine rein *quantitative* Vorstellung von Beschäftigung unterliegt. Arbeit ist jedoch nicht gleich Arbeit![6] Der Hinweis auf unterschiedliche Branchen beziehungsweise Spezialisierungen dürfte dies bereits plausibel erhärten. Darüber hinaus geht es aber um die Qualität beziehungsweise Sinnhaftigkeit einer Arbeitsstelle. Der angeschnittene Problemkreis kann hier nicht ausgeleuchtet werden. Einen Aspekt der Arbeitslosigkeit und ihre Wirkungen möchte ich herausgreifen, der sowohl mit dem Schicksal des einzelnen wie auch den daraus gesellschaftlich wirksamen Trends zu tun hat.

Kulturell bestimmte Arbeitsmotivation

Die folgenden Überlegungen stützen sich auf Annahmen. Sie beziehen sich unter anderem auf die Bedeutung, welche wir i.a. der Beschäftigung – hier vor allem im Sinne einer Stelle – zuordnen. Im Vordergrund der herrschenden Meinung steht meines Erachtens die Erzielung eines Einkommens, beziehungsweise der daraus ermöglichte Konsum. Angesprochen werden also insbesondere *physiologische Bedürfnisse* im Sinne von Nahrung, Kleidung, Wohnung, Transport etc. Es scheint mir nun aber notwendig, in die Argumentation um das Phänomen Beschäftigung

die Wirksamkeit *sozialer Bedürfnisse* mit einzubeziehen: das Verlangen nach Kontakten, Anerkennung, Status, Einflussnahme etc.[7]
Sie, wie auch die vorausgehend genannte Gruppe, entwickeln sich in einem gesellschaftlichen Kontext. In der westlichen Welt – auf die wir uns hier beschränken – ist dieser durch seine hauptsächlich wirtschaftliche Ausrichtung gekennzeichnet. Wie die Werbung, die Verbreitung von Geld und Preisen, die Länge der Arbeits- (inkl. Transport-)Zeiten und ähnliche Phänomene illustrieren, sind wir eine *Wirtschaftsgesellschaft.* Kaum ein Urteil wirkt heutzutage vernichtender, als dasjenige, etwas sei «unwirtschaftlich».[8] Dieses wirtschaftlich ausgerichtete Bewusstsein dringt wohl in alle Lebenssphären ein und steuert deshalb über die institutionalisierten Kanäle persönlicher Sinngebung auch unser Selbstverständnis. Neben der Befriedigung physiologischer Bedürfnisse ist es meines Erachtens für die meisten von uns zum Ziel eines sinnvollen Lebens notwendig, eine Arbeit (eine Stelle) zu haben.
Selbstverständlich erübrigt sich das Problem nicht mit der Frage nach «hat eine Stelle – ja oder nein?». Ganz abgesehen von der Arbeitsqualität geht es im gleichen Sinn auch um die Bedrohungen, beziehungsweise deren Wirkungen, die aus dem potentiellen Verlust einer Beschäftigung, oder auch aus der Unsicherheit stammen, ob künftig in eine höher bewertete Stelle aufgestiegen werden könne. Es versteht sich, dass damit sozialisierte, geschlechtsspezifische Erwartungen verbunden sind:[9] Männer scheinen von dieser Notwendigkeit stärker betroffen.
Die vergangenen Dekaden haben jedoch gezeigt, dass sich viele Frauen nicht mehr ohne weiteres damit begnügen, in «weniger sinnvollen», das heisst weniger soziale Bedürfnisse stillenden Bereichen tätig zu sein. Angesichts drohenden Beschäftigungsrückgangs und unter der Annahme relativ starrer Arbeitszeiten erkennen wir in diesem Lichte *untere Grenzen* der materiellen und sozialen Bedürfnisbefriedigung.
Vorherrschende Kultur sei hier als jene Kreativität verstanden, welche der Verbindung aus herrschender Meinung (Bewusstsein) und Institutionen entspringt. Letztere bedeuten gesetzliche und aussergesetzliche Normen, die zwischenmenschliche Beziehungen und Entscheidungen regeln. Unsere Wirtschaftskultur, und nicht einfach die Gewinnsucht oder -notwendigkeit einiger Menschen und Organisationen, entwickelt starke Kräfte, die sich der Produktionsverminderung (Arbeitsabbau) entgegenstemmen.
In Gebieten verbreiteter und schon seit einiger Zeit herrschender Arbeitslosigkeit – wie z.B. in Teilen der USA – bilden sich zum Teil Subkulturen der Arbeitslosigkeit, die Sinnhaftigkeit auf andere als «normale» Weise produzieren.
Erinnert sei hier bloss an die Phänomene «Schattenwirtschaft», «unentgeltliche Arbeit» oder Bandenwesen. Demgegenüber wird in einem Land, wie der Schweiz, Arbeitslosigkeit wohl mehrheitlich zum Einzelschicksal mit entsprechenden Konsequezen für das Wohlbefinden der Betroffenen.

Zwei Arten von Wirtschafts-Subjekten und -Beziehungen

In den Vereinigten Staaten und der Schweiz entwickelte sich die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit wie folgt:[10]
USA 1870: 67, 1940:42, 1977, 41,8 Stunden
CH 1913: 58,1920: 48, 1960: 47,6, 1980: 45,2 Stunden
Für die Vereinigten Staaten kann festgestellt werden, dass zwischen 1890 und 1940 eine progressive Technologie einen grösseren Output geschaffen hat und dass dieses Wirtschaftswachstum von abnehmender Arbeitszeit sowie zunehmenden realen Einkommen begleitet war.
Seit 1940 bis zur Stagflationsphase der jüngsten Vergangenheit hat sich die Outputsteigerung im allgemeinen gewaltig fortgesetzt, die *Arbeitszeitentwicklung* ist jedoch relativ *rigide* geworden.[11] Gleichzeitig blieb Arbeitslosigkeit ein Dauerthema. Seit der stagflationären Wende ist die Arbeitszeit ebenfalls relativ konstant bei abnehmenden Realeinkommen geblieben. Abgesehen von der Arbeitslosigkeit ergaben sich für die Schweiz ähnliche Entwicklungen.
Offenbar hat sich – schematisch gesprochen – eine zweigeteilte Wirtschaft gebildet, in der eine *«Insider-Gruppe»,* gleichsam unabhängig von der effektiven Nachfrageveränderung, auf «Hochtouren» arbeitet und eine relativ fixe Arbeitszeit die Knappheit der Arbeitsplätze beziehungsweise den Arbeitsdruck garantiert. Andererseits ist eine *«Outsider-Gruppe»* gewisser Hausfrauen, Arbeitslosen, Ausländer, das heisst – wirtschaftlich gesprochen – unausgelasteter oder «Puffer»-Grössen entstanden, die von der ersteren relativ abgetrennt ist. Zur Erhaltung eines von Bedrohung gekennzeichneten herrschenden Bewusstseins bleibt sie allerdings von grosser Wichtigkeit.
Für die Brüchigkeit der Verbindungen zwischen den beiden Gruppen liefert die Frauenbewegung Anschauungsunterricht: Sie richtet sich unter anderem dagegen, dass sich «die Frau am Herd» einzig über ihren «Mann in der Wirtschaft» sozial definiere.
Unsere Wirtschaftsgesellschaft verdient ihren Namen nicht zuletzt aus dem Umstand, dass der Bereich geldlich handelbarer Güter und Dienstleistungen gegenüber früheren Zeiten stark zugenommen, jener der Produktion für Eigenbedarf und des geldlosen Tausches deutlich abgenommen hat. Ich benenne das erstere, weitgehend quellenentfremdete Feld mit *«Vermarktung»,* das letztere mit «Direktversorgung». Zur «Direktversorgung» gehören sowohl die Eigenbedarfs-Produktion als auch der direkte Austausch von Arbeitsleistungen oder Gütern.[12] Auch wenn zur «Vermarktung» idealtypisch Produktion zum Verkauf und Kauf zum Wiederverkauf gehören, ist für mein Bilderpaar nicht unbedingt die Frage entscheidend, ob eine Leistung geldlich entschädigt werde oder nicht. Vielmehr geht es bei der «Direktversorgung» um den *direkten Kontakt* zwischen spezifisch ausgewählten Menschen, beziehungsweise den nicht-fremdbestimmten Kontakt zwischen Mensch und Natur. Beispiele solcher zwischenmenschlichen Hilfeleistungen sind etwa Garten- gegen

Spenglerarbeit, Kinderhüten gegen Steuererklärung-Ausfüllen oder Geschenke. Die heute dominierende Beziehungsart zwischen «Vermarktung» und «Direktversorgung» gestaltet sich in einer Verdrängung des letzteren durch den ersteren Bereich.[13] Nicht bloss die Eigendynamik der «Vermarktung» selbst, sondern auch die «Direktversorgung» dient als Reservoir von Business-Innovationen. Es ist augenfällig, dass die in der «Direktversorgung» Arbeitenden vielfach mit der «Outsider-Gruppe» identisch sind.
Die genannten Trennungen und Verbindungen stellen nicht einfach Resultate von Einzelpersonen auf einem normenfreien Wolkenteppich dar. Vielmehr entstammen sie zu einem wichtigen Teil der institutionell-technologischen Entwicklung, die ihrerseits Menschenwerk ist.

In- und Umweltverschmutzung

Eine rein statistische oder mengenmässige Ausrichtung müsste angesichts der unteren Grenzen allein konsequent darauf bedacht sein, möglichst viele Arbeitsstellen zu schaffen. Ja, es sollte als wünschbar erscheinen, weit mehr offene Stellen als Arbeitssuchende vorzufinden, damit für letztere auch eine möglichst grosse Wahlchance bestünde. Bekanntlich geht diese Sicht allerdings an den Interessen der Unternehmer wie auch an den bestehenden Mechanismen des nationalen und internationalen Wirtschaftsverkehrs vorbei. Das Ziel der Vollbeschäftigung wurde in der westlichen Welt denn auch verschiedentlich mit der Vorstellung von einer «natürlichen Arbeitslosenquote» verbunden, das heisst relativiert. Zudem haben unsere Erfahrungen gezeigt, dass Überbeschäftigung nicht bloss Stress und Beziehungsprobleme mit sich führt, sondern dass auch die natürliche Umwelt dem Wirtschaftswachstum *obere Grenzen* setzt[14]
Joan Robinson spricht von der «zweiten Krise der ökonomischen Theorie»,[15] welche den Inhalt der Beschäftigung, das heisst die Qualität der Güter und Dienstleistungen nicht zu erklären vermöge: Beispielsweise die Frage, weshalb wir Waffen anstatt Nahrungsmittel oder Zigaretten anstelle von etwas Viertem produzieren. Neben der vom herrschenden Bewusstsein gestalteten Gegensätzlichkeit von «Wirtschaft» und «Umweltschutz» und einem abstrakten Optimalpunkt irgendwo auf einer Wandtafelgraphik, wissen die herkömmlichen ökonomischen Theorien wenig auszusagen über die Ursachen von Raubbau, anderweitiger Umweltbelastung, selbstschädigender Produktionsweise oder technologisch bedingter Demokratiehindernisse.

Auf dem angesägten Demokratieast

Die gesellschaftlichen Spannungen, resultierend aus der Verbindung von unteren und oberen Grenzen der wirtschaftlichen Aktivität prallen gegen das demokratische Selbstverständnis des Westens. Allzu oft er-

weist sich nämlich in der herrschenden Meinung unserer Tage die im staatskundlichen Unterricht vielgerühmte «Machbarkeit» und «Gestaltungskraft» demokratischer Ansprüche als stark ausgehöhlt. Der achselzuckende Verweis auf «internationale Sachzwänge» und anderes erfolgt schnell und automatisch. Und die schweizerische Begründung dafür lässt sich mit einem Blick in die Statistik gleichsam in «natürlicher» Weise erbringen. Fast 45% des Bruttosozialproduktes werden im Ausland verdient. Exportwirtschaft, Finanzplatz Schweiz und Fremdenverkehrsindustrie heissen in diesem Zusammenhang die hauptsächlichsten Schlagworte.
Gibt es also nur so etwas wie eine «Flucht nach vorne», eine Weiterführung beziehungsweise Intensivierung der auf traditionelles Wirtschaftswachstum basierenden «Mehr-und-schneller-gleich-besser»-Philosophie der Nachkrigszeit?[16] Drängt sich diese alternativlose Sicht nicht gerade deshalb auf, weil Alternativstrukturen zur bestehenden Norm, angesichts oben angedeuteter Sachzwänge, wenig Chancen einzuräumen sind? Liegt diese ohnmächtige und also undemokratische Folgerung auf der Hand, weil sich die konsequente Umsetzung einer Mensch und Natur stärker berücksichtigenden Wirtschaftsweise – im Rahmen der bestehenden nationalen und internationalen Ordnung – leicht als unbeabsichtigtes Märtyrertum herausstellen kann? Ist Verständnis aufzubringen – oder gar Resignation – für die Ansicht, Bewusstseinsveränderung wäre wohl zu begrüssen, sofern «alle» dabei mitmachten; Veränderung müsse aber solange als «unrealistisch» betrachtet werden, als eine theoretische Avantgarde zwingende Gründe sehe, system-bedingt als Verlierer und Dummkopf zu erscheinen?

Soziale Bedürfnisse als verdeckte Antriebskräfte der Wirtschaft

Ausweglose Situationen oder Sachzwänge in der Wirtschaft haben mit den Rahmenbedingungen zu tun, innerhalb welcher sie als solche erkannt werden. Sachzwänge entstehen also nicht im luftleeren Raum, sondern werden vom Menschen mitgeschaffen. Der bislang entwickelte Diskussionsverlauf führt klar in einen Flaschenhals: zur Notwendigkeit des vermehrten Wirtschaftswachstums, der zusätzlichen Aufrüstung. In seiner Folge erweist sich quantitativ verstandene *Beschäftigung* daher *als strategische Grösse* ersten Ranges, mit welcher in der herrschenden Meinung nicht bloss zwingende Gesetzmässigkeiten im makroökonomischen Sinne abgeleitet werden.[17] Es liegt ebenfalls auf der Hand, dass der Mensch über dieses Bewusstsein oder Kulturverständnis in seiner Suche nach Sinn – also zentral – getroffen wird. Diese institutionelle Trendsteuerung[18] macht den einzelnen Arbeitenden oder Arbeitssuchenden leicht zum Verbündeten kapitalistischer Sachzwänge; und zwar *ohne* grosse – zur Gestaltung der herrschenden Meinung *zusätzliche* – Überredungskünste seitens der an den Einkommens- und Einflussge-

winnen unmittelbar Beteiligten beziehungsweise Interessierten. Die Gewerkschaften sind diesen Sachzwängen schon des öftern erlegen; nicht zuletzt in den USA, wo sie zum Teil Reagans Umverteilung von arm zu reich, von den Sozialleistungen zum Militär und vom Umweltschutz zum Raubbau unterstützt haben. Auch wenn sich diesbezügliche Veränderungen deutlich abzeichnen,[19] muss man den systemischen Zwang für die an den Arbeitsplätzen Interessierten in Richtung unkritischer Unterstützung jeglicher Arbeitsplatzbewahrung beziehungsweise -schaffung sehen. Denn er stammt neben den physiologischen Erfordernissen meines Erachtens nicht zuletzt aus einer kulturellen Vermarktung persönlicher Sinngebung.

Diese institutionell bedingten Trendwirkungen im Sinne eines Drucks zur Eingliederung hinter der Fahne des am Bruttosozialprodukt und ähnlichen Indikatoren gemessenen Wirtschaftsverlaufes gilt es auch im Zusammenhang mit der Mitbestimmungsdiskussion zu erkennen. Wirtschaftliche Mitbestimmung allein, ohne entsprechende substantielle Erweiterung sogenannter politischer Wahlmöglichkeiten,[20] bringt keine Schonung vor institutionellen Sachzwängen herkömmlicher Art.

Um also der aus der herrschenden Meinung sich gleichsam «von selbst» ableitenden «Flucht nach vorne» zu entgehen, bedarf es veränderter Argumentationsannahmen. Als wichtigste Erweiterung drängt sich meines Erachtens der Akzept sozialer Bedürfnisse als Triebfeder wirtschaftlicher Aktivität auf.

Bei der Beurteilung von Zielkonflikten zwischen Beschäftigung (im quantitativen Sinne), Preisstabilität, Umweltschutz usw., muss die Erkenntnis einfliessen, dass der heutige Wirtschaftsprozess des Westens eine Folge mehrheitlich institutionell erzwungenen Ringens um *soziale* – und nicht so sehr physiologische – Bedürfnisbefriedigung darstellt; zwischen verschiedensten Menschen und Gruppen in und zwischen Nationen.[21]

Soziale Bedürfnisse werden allerdings vielfach in den Ausdruck von physiologischen Bedürfnisäusserungen verpackt. Diese Umsetzung wird meines Erachtens von hierarchisch geordneten zwischenmenschlichen Beziehungen geleistet. Ohne Hierarchie beziehungsweise soziale Engpassgesellschaft würde die Befriedigung sozialer Bedürfnisse nicht zum knappen Gut.

Um den angesprochenen Gegensätzlichkeiten nicht bloss mit einem starren Konzept unausweichlicher Massnahmen beziehungsweise Opfer zu begegnen, sondern Diskussions- und Gestaltungsräume zu schaffen, gilt es deshalb auch folgende Fragen als *wirtschaftlich relevant* zu betrachten: Welche Ursachen und Wirkungen beruhen auf welchen Arten von *sozialen Beziehungen* bei Produktion und Konsum von Gütern und Dienstleistungen? Welche Art wirtschaftlicher Aktivität steht vorrangig im Dienste sozialer Zwecke (der Unter-/Überordnung)? Mit welcher Wirtschaftsweise wird Politik, institutionell ermöglichte Einfluss- und Anerkennungs-Produktion und -Verteilung betrieben?

Direkter Umgang mit sozialen Bedürfnissen

Die gesellschaftliche Befriedigung physiologischer Bedürfnisse hängt bei uns heute zum überwiegenden Teil von der «vermarkteten» Aktivität ab. Die Möglichkeiten für Gemüsegärten und Produktion anderer Art für den Eigengebrauch sind infolge landwirtschaftlicher Bodenverfügbarkeit und -verteilung, Dominanz des industriellen und Dienstleistungs-Sektors und relativ hohen Arbeitszeiten sehr gering. Der Befriedigung sozialer Bedürfnisse stehen neben der mittelbaren Berücksichtigung über das Wirtschaftsleben, infolge unserer wirtschaftlich ausgerichteten Kultur, wenig Alternativen offen. Einen Ausweg aus dem angesprochenen Feld von Spannungen beziehungsweise Sachzwängen sehe ich darin, der Befriedigung sozialer Bedürfnisse vermehrte und *unmittelbarere* Ausdrucksmöglichkeiten zu verleihen. Irreführend beziehungsweise unmöglich wäre es demgegenüber, diese Art von Bedürfnissen aus der wirtschaftlichen Aktivität verbannen zu wollen, werden sie doch immer wirksam, wenn Menschen zusammenfinden. Vielmehr muss es darum gehen, *spezifische Zeiten/Räume* zu schaffen, die nicht unmittelbar von wirtschaftlichen Aktivitäten – insbesondere im Sinne der «Vermarktung» – angefüllt werden, sondern der Diskussion um die unmittelbaren Beziehungen zwischen Menschen offenstehen. Drei Aktionsfelder liegen meines Erachtens im Vordergrund:

- Zeit beziehungsweise mehr Zeit für Politik im Sinne der Beschäftigung mit verbindlichen Normen. Davon ist vermehrte Integration des einzelnen Demokraten in den gesellschaftlichen Entscheidungprozess zu erwarten.
- Zeit für wirtschaftliche Mitbestimmung zur Erhöhung der Integration mit der Produktion («Vermarktung»).
- Zeit beziehungsweise mehr Zeit für Familie und Freunde sowie Natur; vermehrte Möglichkeiten also zur eher nicht-kompetitiven, interessengegensatz-freieren Daseinsweise.

Alles Tun vollzieht sich in der Zeit, benötigt Zeit. Jenem Mehr an Zeit für Beteiligung (Entscheidung) im Sinne von Interessenauseinandersetzungen einerseits und nicht-kompetitivem Sein andererseits muss ein Weniger an Arbeitszeit im herkömmlichen Sinne entsprechen. Man sei sich im klaren: Zieht man eine deutliche Arbeitszeit-Reduktion zur Bewältigung der beschriebenen Krise nicht in Betracht, dann bleibt zum vornherein ein nur enger Aktionsspielraum abgesteckt; denn man hat für nichts anderes mehr Raum.[22] Arbeitszeitabbau in Verbindung mit der Intensivierung allgemeiner politisch-wirtschaftlicher Partizipation birgt Chancen zur

- Entkrampfung wirtschaftlicher Sachzwänge, da soziale Interessen vermehrt institutionelle Beachtung finden und als solche direkt zum Ausdruck gelangen können; dadurch
- Abnahme der Bedeutung der wirtschaftlichen Aktivität im traditionellen Sinne. Es scheint mir unvermeidlich, dass gewisse materielle Einbussen zwar die Folge, nicht aber zwingend zu «erleiden» sein werden.

- vermehrten Tätigkeit im Bereich «Direktversorgung». Eigenproduktion, direkter Austausch, Reparaturen etc. dürften deshalb den Produktionsausfall der «vermarkteten» Wirtschaftsaktivität zum Teil kompensieren.
- Umweltentlastung und
- Vollbeschäftigung.

Die Bereiche Politik und Freizeit dienen in diesem Schema der kulturell mitgesteuerten Sinngebung. Sie schaffen Institutionen, die zur Integration ermuntern und ergänzen damit jenen Bereich wirtschaftlicher Aktivität, welcher sich innerhalb des im politischen Feld abgesteckten Rahmens den Notwendigkeiten und Sachzwängen unterzuordnen hat. Letztere werden auf diese Weise vermehrt als menschlich mitverursacht erkennbar – also veränderbar. «Humanisierung der Arbeitswelt» im Sinne der unmittelbaren Verwirklichung bei der Arbeit gilt es weiterhin anzustreben.

Im Kampf gegen die häufig diagnostizierte Entfremdung unserer Tage[23] zielt diese Programmskizze auf ein Bündel mehrschichtiger *Integration* ab: von Mensch und Mensch, Mensch und Natur, beziehungsweise der Phänomene Politik und Wirtschaft, «Vermarktung» und «Direktversorgung», «Insider-» und «Outsider-Gruppe» und anderes. Denn Integration und Sinn(gebung) sind Begriffe, die das nämliche Phänomen charakterisieren: Sinn ergibt sich durch die Verbindung von In- und Umwelt, durch «stimmiges» In-Beziehung-Setzen.

Auf die verbleibenden Möglichkeiten anderer als wirtschaftlicher Quellen der persönlichen Sinngebung bin ich hier nicht eingegangen. Auch sind mit diesen paar Vorschlägen selbstverständlich nicht alle Probleme gelöst. Die Notwendigkeit internationaler Vereinbarungen und Beziehungsveränderungen beispielsweise ist augenfällig. Wer jedoch auf *demokratischere* Prozesse vertraut, fühlt sich kaum dazu angehalten, Fertiggerichte anzubieten, muss doch jene angesprochene Entkrampfung oder Befreiung dem zwischenmenschlichen Prozess selbst entstammen.

Zusammenfassend

ergibt sich: In der Diskussion um die sich im teilweisen Widerspruch befindlichen gesellschaftlichen Ziele (materieller Wohlstand, Beschäftigung, Preisstabilität, Umweltschutz und anderes) gilt es institutionelle Kräfte zu erkennen, welche innerhalb einer wirtschaftlich dominierten Kultur nicht bloss den am Wirtschaftsgewinn unmittelbar Beteiligten, sondern auch den Lohnabhängigen in der Gestalt von Sachzwängen zur Unterstützung eines traditionell verstandenen Wirtschaftswachstums anhalten. Wohl mögen einzelnen Alternativen zur gängigen Wachstumsausrichtung Erfolg beschieden sein, wohl kommt es auf Einstellung

und Verhalten jedes einzelnen an. Doch wäre es unrealistisch beziehungsweise ideologisch, die institutionellen Trendwirkungen zu übersehen, das heisst die gesetzlichen und aussergesetzlichen Normen, welche zwischenmenschliche Beziehungen und Entscheidungen regeln und damit zu einem bestimmten Trend anhalten. Eine befreiende Diskussion zum Thema Arbeitsmarkt muss über eine statistische Betrachtung hinaus die qualitativen Belange wirtschaftlicher Beziehungen und Naturveränderungen berücksichtigen und dem Phänomen der menschlichen Suche nach Sinn Beachtung schenken. Die strategischen Variablen wirtschaftspolitischen Handelns heissen nicht so sehr mehr Energie, mehr Produktion usw., sondern Intensivierung der politisch-wirtschaftlichen Partizipation, beziehungsweise vermehrter und offener Umgang mit sozialen Bedürfnissen mit Hilfe von Arbeitszeitreduktion.

Fussnoten

[1] Statistical Yearbook UNO; Statistisches Jahrbuch der Schweiz, diverse Jahrgänge

[2] Im Zusammenhang mit «Strukturbrüchen», «Redimensionierungen», «Produktionsverlagerungen ins Ausland» etc. wird für das Jahr 1990 von einer Studie der Prognos Basel mit 356 000 Arbeitslosen in der Schweiz gerechnet.

[3] vgl. Borner S., Friedmann C., Schicksal oder Politikversagen? in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 1/1979, S. 25

[4] Frey B. S., Die Schattenwirtschaft gedeiht im stillen, in: Tages-Anzeiger, 2.3.1982, S. 9

[5] Man erinnere sich beispielsweise an die ständerätliche Debatte zur Revision des Arbeitslosenversicherungs-Gesetzes 1982.

[6] vgl. Bauer L., Arbeit ist nicht gleich Arbeit, in: Wirtschaft und Gesellschaft, 4/1981, S. 441–463

[7] Für eine ausführlichere Darstellung dieser These vgl. Stadler M., Die dritte Krise der ökonomischen Theorie, in: Wirtschaft und Gesellschaft, 4/1981, S. 417–439

[8] vgl. Schuhmacher E. F., Small is Beautiful, New York 1973, S. 41

[9] Auch schichten-, generationen- und regionen-spezifische Erwartungen gälte es zu berücksichtigen.

[10] vgl. Leontief W., Is Technological Unemployment Inevitable? in: Challenge, Sept./Oct. 1979, S. 48–50; BIGA (Bern), Sozialstatistik

[11] Da auch Aus- und Weiterbildung in zunehmendem Masse der unmittelbaren wirtschaftlichen Verwertung dienen, wäre es falsch, die gegenüber früher verlängerten Ausbildungs- und Ferienzeiten, sowie die vorverschobene Pensionierung in vollem Umfang zu verrechnen.

[12] Der NAWU-Report spricht im gleichen Sinn vom «Prinzip der kleinen Netze» und von einer gegenüber der heute üblichen Kleinfamilie erweiterten «Wahlverwandtschaftsfamilie». Vgl. Binswanger H. C., u. a., Hrsg., Wege aus der Wohlstandsfalle, Frankfurt/M. 1980, S. 231 ff. In den USA wird zur Umschreibung der Verschiebung von «Vermarktung» zu «Direktversorgung» der Begriff «Disintermediation» verwendet.

[13] Für die USA: «Arzt, Priester, Schulmeister, Konkubine und Prostituierte gehörten ursprünglich zum Haushalt. Sie alle entflohen schon frühzeitig in den zivilisierten Status des selbständigen Werktätigen, genau wie der Diener, der zum Fabrikarbeiter wurde... Die Wäsche wird von der Hausfrau immer mehr in eine Wäscherei gegeben; die Nahrungsmittelzubereitung geht auf das Restaurant über; Speisen, die immer noch zu Hause konsumiert werden, sind zunehmend tischfertig oder sonst irgendwie präpariert; Dienstleistungsunternehmen stellen Geschirr, Tischtuch und zahlreiche andere Haushaltartikel zur Verfügung, teilweise zum Wegwerfen nach Gebrauch; selbständige Unternehmer säubern das Haus und pflegen den Garten...» (Galbraith J. K., Wirtschaft für Staat und Gesellschaft, München 1976, S. 62)

In der Schweiz wird diese Veränderung indirekt durch die folgenden Daten illustriert: Erwerbstätig waren in Promille im

	1960	1980
Sektor Landwirtschaft	146	73
Sektor Industrie	465	397
Sektor Dienstleistungen	389	530

Vgl. Statistisches Jahrbuch der Schweiz, 1981

[14] Erinnert sei an die beiden Studien «Grenzen des Wachstums» (1972) und «Global 2000» (1980). Letztere bestätigt im wesentlichen die Befürchtungen derjenigen von 1972. Während erstere besonders auf die Begrenztheit der nicht-regenerierbaren Rohstoffe (wie z. B. Petroleum, Zink) hinweist, bringt die neuere bedrohliche Zustände bei den erneuerbaren Ressourcen (insbesondere Humus, Wald) ans Tageslicht.

[15] Die erste Krise hatte nach Robinson unsere Unfähigkeit zum Inhalt, bis zu den dreissiger Jahren bzw. Keynes das Niveau der Beschäftigung zu erklären. Vgl. dazu Stadler M., a. a. O.

[16] Vertreten wird diese Ansicht u. a. von v. Werdt R., Die Energiedebatte – Teil unserer Gesellschaftspolitik, in: NZZ, 65/1982, S. 35

[17] vgl. Haller H., Zur beschäftigungspolitischen Diskussion. Rückbesinnung auf einige volkswirtschaftliche Grundwahrheiten, in: NZZ, 26/1982, S. 17

[18] Von Determination zu sprechen wäre m. E. falsch, lässt sich doch im sozialwissenschaftlichen Bereich nie mit Sicherheit sagen, ob sich irgendein bestimmtes bzw. alle Individuen oder Gruppen einer Regelung/Regelmässigkeit fügen.

[19] Wenn Gewerkschaften sich hin und wieder um Arbeitsplätze sorgen müssen, die vom Produkt (z. B. Chemieproduktion oder – allerdings eher im Ausland – Waffen) oder vom Produktionsprozess her nicht ideal, ja sogar umwelt- und gesundheitsschädigend sind, werden sie als Wachstumsfetischisten verschrien. Diese Optik verkennt die Ursachenkette ... «Die Rolle, als nur im nachhinein informierte Botschafter industrieller Wachstumszwänge gegenüber der Öffentlichkeit und der Umwelt auftreten zu müssen, lehnen die Gewerkschaften ab.» Kappeler B., Umweltschutz versus Vollbeschäftigung? in: NZZ, 252/1981, S. 23. – Andererseits: Die Eingabe des SGB in fünf Punkten an den Vorsteher des EVD im April 1982 beruht auf traditionellen Wachstumsvorstellungen und räumt qualitativen Arbeitsbelangen sowie dem Postulat einer Verkürzung der generellen Arbeitszeit sekundäre Wichtigkeit ein. Vgl. Tages-Anzeiger, 7.4.1982, S. 5; NZZ, 81/1982, S. 33. – «Die Gewerkschaften haben die Wahl zwischen einem technokratischen Bündnis mit dem heutigen Produktions- und Verteilungssystem und einer neuen, aktiven Rolle in einer ökologisch orientierten Arbeitspolitik der Zukunft.» Amery C., Umstellen der Deckstühle auf der «Titanic», in: natur, 4/1982, S. 89

[20] Diesen Problemkreis behandle ich in Stadler M., Für eine gerechtere Abstimmungsordnung, in: Gewerkschaftliche Rundschau, 3/1982, S. 80–89

[21] «Der Friede ist bedroht. Er ist bedroht, weil er niemals wahrer Friede war. Er war ein Waffenstillstand der Grossmächte in einer von Konflikten gepeinigten Menschheit. Selbst dieser Waffenstillstand könnte in den kommenden Jahren zusammenbrechen.» v. Weizsäker C. F., Der bedrohte Friede, München/Wien 1981

[22] vgl. Ende M., Momo, Stuttgart 1973 (Eingangszitat: S. 72)

[23] Ohne mit dessen Folgerung übereinzustimmen verweise ich auf Lübbe H., Technik in Gesellschaft, Ideologie und Politik, in: Tages-Anzeiger, 16.3.1982, S. 45f